

Stadtratsfraktion
Nürnberg**SPD**

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

die Ministerpräsident*innen aller Bundesländer haben sich mit Kanzler Olaf Scholz auf einen konkreten Stufenplan zum schrittweisen Abbau vieler geltender Corona-Auflagen verständigt. Auch wenn wir heute noch nicht absehen können wie sich die Pandemie im Jahresverlauf entwickelt, ist dies doch ein gutes Signal und eine wichtige Verschnaufpause für alle in der Gesellschaft.

Nach wie vor begleiten wir im Nürnberger Rathaus die Konsequenzen der Corona-Pandemie, um etwaige Härten im Sinne der Menschen sozial verträglich abzufedern. Doch auch darüber hinaus gibt es wichtige kommunalpolitische Handlungsfelder, denen wir uns mit hohem Einsatz widmen. So stoßen wir eine Bürgerservice-Offensive an, gestalten einen städtischen Klimaschutzfahrplan sowie die Ausgestaltung der Mobilitätswende und machen unser Nürnberger Stadion fit für die Zukunft. Daneben begleiten wir neue Konzepte zur Unterstützung von Suchtkranken und entwickeln gemeinsam mit den Hilfsorganisationen hier die städtische Strategie weiter.

Über diese und viele weitere Themen können Sie in unserer aktuellen Rathaus-Depesche lesen. Wir wünschen eine informative Lektüre und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Ihre

Dr. Anja Pröhl-Kammerer
stv. Fraktionsvorsitzende

Bürgerämter: Maßnahmenpaket für mehr Bürgerservice



Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion war die aktuelle Situation bei den Bürgerämtern Thema in der Februarsitzung des Stadtrates. Beschlossen wurde ein Maßnahmenpaket, das die empfindlichen Wartezeiten reduzieren soll.

Mehr Standorte, mehr Personal, mehr kurzfristig verfügbare Termine: Das ist das Ziel eines Maßnahmenpakets, das der Stadtrat im Februar beschlossen hat. In der Stadtratsdebatte verwies SPD-Stadtrat Ulrich Blaschke auf die Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger aus den Pandemiemonaten: Keine Termine verfügbar oder erst in zig Wochen, Termin nach dem Eintippen der Daten doch anderweitig vergeben, kein Durchkommen bei der Telefon-Hotline u.v.a.m. Für Viele ein weiteres Problem: Nicht jeder kann seinen Arbeitsalltag nach den Terminen richten, die

das System anbietet. Der Unmut der Bürger äußerte sich in zahlreichen Beschwerden, und ihr Bedarf an Ämterleistungen zeigte sich exemplarisch in langen Schlangen am sog. freien Mittwoch im Januar. Dort warteten mehrere hundert Personen auf einen freien Schalterplatz. Die Corona-Rückstände wurden hierdurch auch optisch sichtbar.

Im Januar hat die SPD-Fraktion deshalb beantragt, je nach Ursache der Engpässe zusätzliche Räumlichkeiten einzurichten, das Personal für den Abbau der Rückstände zu verstärken (ggf. auch durch Unterstützung von Beamten aus anderen Behörden) und die Terminvergabe zu hinterfragen.

In der Stadtratssitzung erläuterte unser Personalreferent Harry Riedel die erheblichen >>

Anstrengungen, die bereits seit längerem ergriffen wurden, um die Personalsituation in den Bürgerämtern zu verbessern. Hierzu gehörten die Schaffung von knapp 50 Stellen im Bereich Einwohner- und Passwesen, die bevorzugte Zuweisung von zusätzlichem Personal (z.B. nach der Ausbildung), die Erweiterung des Personalrecruitings auf weitere Berufsgruppen und die Zahlung einer besonderen Zulage für den anstrengenden Schalterdienst. Weitere Maßnahmen sollen jetzt noch hinzukommen.

Die neuen Maßnahmen im Überblick
Kurzfristige Maßnahmen: Öffnung des Bürgerinformationszentrums am Hauptmarkt als Außenstelle des Bürgeramts Mitte mit 5 Schaltern, zusätzliche Öffnung des Bürgeramts Mitte am Freitagnachmittag von 12.30 bis 17 Uhr, zusätzliche Zeiten in den Bürgerämtern Ost und Süd, Errichtung eines Pop-Up-Bürgeramts mit 12 Mitarbeitenden in einer Sparkassenfiliale zur Reisezeit, Anfrage bei anderen Behörden um Unterstützung, Umstellung des Terminbuchungssystems auf kürzere Vorlaufzeiten.

Mittelfristige Maßnahmen: Räumliche Ergänzung des Bürgeramtes Nord durch Anmietung einer Sparkassenfiliale (2023), Eröffnung von Außenstellen des Bürgeramtes auf dem ehemaligen Quelle Areal (2024) und im neuen Schocken (2024/25), Ausbau der Digitalisierung (z.B. Terminvergabe über einen Telefonsprachcomputer).

Hohes Engagement der Belegschaft
Ausdrücklich bedankte sich Ulrich Blaschke bei den Beschäftigten der Ämter. Beispielsweise wird die Freitagsöffnung durch freiwillige Überstunden ermöglicht. Er betonte auch, dass die Beschwerden der Bürger sich stets auf die Rahmenbedingungen des Ämtergangs bezogen (insbesondere die Terminvergabe), nie auf die Freundlichkeit oder Kompetenz der Mitarbeiter. Das könne man auch als Kompliment verstehen.

Künftig mit Termin oder ohne?
Für die Zukunft bleibt das Thema „Ämtergänge mit und ohne Termine“. Für die SPD-Fraktion ist klar: Wir wollen nicht zurück zu den alten Zuständen mit stundenlangen Wartezeiten in einer dicht gefüllten Wartehalle. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollten genutzt werden, auch mit Terminvergaben. Kurzfristige Termine PLUS spontane Möglichkeiten, das muss der Mix der Zukunft sein. Darauf werden wir als Fraktion achten. Vorrang hat nun aber der Abbau der Corona-Rückstände als Akutmaßnahme.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Klimaschutzfahrplan der Stadt Nürnberg

Der Stadtrat hat 2019 und 2020 mit der Fortschreibung des „Klimaschutzfahrplans 2020 bis 2030 beschlossen“, die Klimaneutralität der Stadtverwaltung bis 2035 anzustreben. Aufbauend auf den fundierten Bestandsanalysen des „Kommunalen Energiemanagements“ zu den Verbrauchsstrukturen für Wärme und Strom ist die Ausgangslage schon aus der Vergangenheit heraus nicht schlecht. Trotz jährlichen Flächenzuwachs durch Neubauten (Kitas, Horte, Schulen etc.) hat die Stadt ihren Strom- und Wärmeverbrauch bereits reduzieren können und demzufolge auch ihre CO2-Emissionen.

Auch wenn die Stadtverwaltung bereits in der Vergangenheit über den gesetzlichen Vorgaben bei energetischen Standards lag, müssen diese für das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands weiterentwickelt werden. Nun erfolgt die Konzentration auf die wichtigsten Ziele: Das sind Vorgaben für max. Wärme- und Stromverbräuche.

Die Bilanz bei den erneuerbaren Energien ist demgegenüber noch ausbaufähig. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen deshalb die Anstrengungen erhöht und verstetigt werden. Hierzu hat der Stadtrat im Januar ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energien gesetzt - weitere Beschlüsse werden folgen.

Im Neubaubereich wird das Ziel „Plusenergiegebäude“ formuliert. Bezüglich des Wärmeschutzes entspricht dieser Standard dem bisherigen „Passivhausstandard“. Kombiniert mit einer optimierten Photovoltaik-Anlage entsteht dabei ein Überschuss, also ein Plus an erzeugter, gegenüber der verbrauchten Energie des Gebäudes.

Für umfassende, ganzheitliche Sanierungsvorhaben wird das Ziel „Klimaneutrales Gebäude“ formuliert, was in etwa einem „Nullenergiegebäude“ entspricht. Bei beiden Standards bedarf es einer energieeffizienten,

also bedarfsminimierten Planung für den Heizenergie- und Strombedarf.

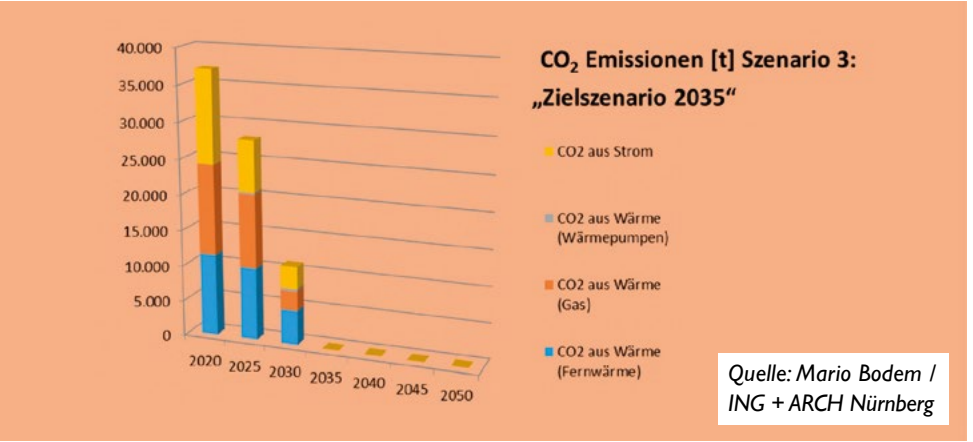
Durch den Ansatz von echten CO2-Folgekosten nach den Werten des Umweltbundesamtes werden die Umweltfolgekosten bereits bei der Bewertung verschiedener Varianten in der Planungsphase einbezogen.

Ein vorgelegtes Zielszenario 2035 beschreibt sehr deutlich, welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen klimaneutralen Gebäudebestand der Stadtverwaltung im Bereich der Wärme- und Stromversorgung zu erreichen. Dabei ist die wichtigste Aufgabe, Energieverbräuche zu minimieren. Der Restbedarf muss konsequent auf erneuerbare Energien (Strom und Wärme) umgestellt werden. Für die konkrete Umsetzung sind drei grundsätzliche Maßnahmen durch die Stadtverwaltung erforderlich:

- die Sanierungsquote für die städtischen Gebäude muss mindestens auf 1,4 % verdoppelt werden,
- der Bau von PV Anlagen auf den städtischen Dächern muss ausgebaut werden,
- die Wärmeversorgung der derzeit gasversorgten Gebäude muss sukzessive umgestellt werden.

Der Klimaschutzfahrplan ein Grundsatzbeschluss. Gleichzeitig ist er aber ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung, einen konkreten Umsetzungsplan auszuarbeiten und dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei werden mit zusätzlichen Kosten von ca. 80 Mio € bis 2035 gerechnet. Diese zu erwartenden Mehrkosten müssen es uns aber wert sein, um unsere Klimaziele tatsächlich erreichen zu können.

Weitere Informationen:
Gerhard Groh;
spd@stadt.nuernberg.de



Nürnberger Stadion fit für die Zukunft machen



Foto by Philipp Herzog, Stadt Nürnberg

Das Max-Morlock-Stadion ist die Herzkammer des Nürnberger Fußballs. Allerdings ist die Sport- und Veranstaltungstätte in die Jahre gekommen, was perspektivisch und mittelfristig Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur notwendig macht.

Für die Rathaus-SPD ist klar: Nürnberg braucht auch in Zukunft ein modernes, multifunktionales und vor allem bundesligataugliches Stadion. Doch anstatt viel Geld

für die Sanierung des Bestands auszugeben, sollte geprüft werden, wie das Stadion innovativ und zukunftssträftig weiterentwickelt werden kann. Damit würden sich auch neue Nutzungs- und Einnahmequellen erschließen. Daher unterstützt die SPD-Stadtratsfraktion die entsprechende Initiative des Stadion-Bürgermeisters Christian Vogel zur Erstellung einer Bedarfsanalyse und Machbarkeitsstudie für das Stadion sowie das angrenzende Gelände.

Ein Jahr Mobilitätsbeschluss in Nürnberg

Am 27. Januar war es genau ein Jahr her, dass der Nürnberger Stadtrat mit parteiübergreifender großer Mehrheit den Mobilitätsbeschluss gefasst hat. Unter Berücksichtigung aller Verkehrsarten soll damit die Mobilität in Nürnberg weiterhin verträglich, effizient und ökologisch gestaltet werden. Es stehen noch große Aufgaben an. Aber man kann schon jetzt sagen, dass das letzte Jahr ein gutes für die Verkehrswende war!

Ausschlaggebend für die Entwicklung des Mobilitätsbeschlusses war der sog. „Radentscheid für Nürnberg“ 2020. Im Zusammenhang mit diesem Bürgerbegehren wurden rund 26.000 Unterschriften gesammelt. Die SPD-Stadtratsfraktion hat von Beginn an auf Verhandlungen mit den Initiatoren des Radentscheides gedrängt. Denn es ist klar, dass wir die Verkehrswende nur im Ausgleich miteinander und nicht gegeneinander voranbringen können.

Das Ergebnis der Verhandlungen des letzten Jahres, also der Mobilitätsbeschluss selbst, ist ein großer Wurf. Wir haben klare Ziele formu-

liert, wie wir im kommenden Jahrzehnt im Verkehrsbereich unsere CO2-Reduktionsziele erreichen können. 2021 wurden bereits wichtige Weichen gestellt, dass bereits in konkreten Baumaßnahmen andere Schwerpunkte gelten. So wurden bei neuen Straßenplanungen, wie etwa in der Bayreuther Straße oder in der Ostendstraße, der ÖPNV sowie Fußgänger und Radfahrer deutlich stärker berücksichtigt als in der Vergangenheit. Das ist ein Riesenerfolg.

Auch strukturell wurden im vergangenen Jahr Weichen für die Verkehrswende gestellt. Exemplarisch zu nennen ist hierbei die historisch größte Stellenausweitung im Bereich der städtischen Verkehrsplanung und beim Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR). Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Stadtrat beschlossen, allein für 2022 18 neue Stellen zu schaffen. Dass wir in einem so schwierigen Haushaltsjahr nicht sparen, sondern bei der Verkehrsplanung im Sinne des Klimaschutzes draufgesetzt haben, ist ein klares Zeichen: Wir nehmen den Mobilitätsbeschluss ernst und wollen die Ziele schnellstmöglich erreichen.

Damit wollen wir moderne Entwicklungsmöglichkeiten finden, um das Stadion weiterentwickeln zu können und für zukünftige Anforderungen fit zu machen. Das ist wichtig für den Sportstandort Nürnberg und seine Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Um nun in den nächsten Monaten und Jahren die Einhaltung und Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses nachzuvollziehen und zu überwachen, soll ein regelmäßiges Monitoring im Verkehrsausschuss stattfinden. Dafür hat sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht nur in den Verhandlungen zum Mobilitätsbeschluss selbst, sondern auch in den Haushaltsberatungen starkgemacht. Das Mobilitätsverhalten der Menschen war und ist allerdings pandemiebedingt noch immer stark verzerrt, weshalb vergleichbare Betrachtungen nur nach und nach sowie valide Vergleiche wohl erst mit dem Ende der Pandemieauswirkungen wirksam möglich sind. Wir rufen nun auch weiterhin alle Initiatoren, Vereine und Verbände, die in diesem Bereich tätig sind, dazu auf, mit uns im Dialog den Mobilitätsbeschluss umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Drogenpolitik: Fortschritt bei der Unterstützung von Suchtkranken

Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich seit Jahren für neue Wege in der Drogenpolitik ein – zuletzt mit einem weitreichenden Antrag für ein städtisches Drogenhilfeszentrum im Juli 2020. Das nun im letzten Sozialausschuss vorgestellte Niedrigschwellige Substitutionskonzept „SUB-PORT“ macht Hoffnung, dass in Nürnberg der nächste Schritt hin zur Realisierung dieser sozialpolitisch wichtigen Maßnahme gegangen werden kann.

Mit dem neuen geplanten Angebot, das in enger Abstimmung mit den wichtigen Akteuren der Drogenhilfe, der Stadt Nürn-

berg unter Federführung von Sozialreferentin Elisabeth Ries und dem Klinikum Nürnberg entwickelt wurde, soll die Betreuung von Suchtkranken in Nürnberg signifikant verbessert werden. Auch wenn noch einige organisatorische Fragen geklärt werden müssen, ist die SPD-Fraktion zuversichtlich, dass wir mit diesem Konzept dem langjährigen Anliegen der engagierten Hilfeorganisationen näherkommen. Dies deckt sich auch mit dem wichtigen Ziel einer weitgreifenden und besseren Unterstützung von Suchtkranken. Nun hoffen wir, dass die Krankenkassen und weitere mögliche Partner bei der

Finanzierung des Projektes mitspielen, dass das Vorhaben bald realisiert werden kann.

SUB-PORT kann mit niedrigschwelligen Angeboten Betroffene langfristig in eine bessere und stabilisierende Unterstützung bringen. Nichtsdestotrotz stellt das Konzept nur einen weiteren Schritt in Richtung der aus fachlicher Sicht sinnvollen Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Nürnberg dar. Dieses wichtige Hilfsprojekt wäre, eingebettet in das Konzept eines Drogenhilfeszentrums in Nürnberg schon viel weiter, wenn die bayerische Staatsregierung nicht laufend bremsen würde.

Weitere Informationen:
Diana Liberova;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

TAXITARIF AN MINDESTLOHN ANPASSEN

Der Bundesregierung hat angekündigt, noch im Jahr 2022 den allgemeinen Mindestlohn in Deutschland auf 12 EUR pro Stunde anheben zu wollen. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für faire Löhne und gerechte Bezahlung in Deutschland. Im Taxigewerbe kann die mit der Lohnerhöhung verbundene Kostensteigerung jedoch nicht vom Unternehmer selbst weitergegeben werden, sondern nur über eine Erhöhung des Nürnberger Taxitarifs. Die entsprechende jährliche Überprüfung und Erhöhung der Taxitarife hat zudem einen mehrmonatigen Vorlauf. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, das Verfahren für die Jahresanpassung des Taxitarifs in Nürnberg so frühzeitig einzuleiten, dass der neue Tarif zeitgleich mit der Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns in Kraft treten kann, dass auch die Mitarbeitenden im Taxigewerbe vom Mindestlohn profitieren können.

SITUATION DER SCHAUSTELLER

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen gibt Anlass zur Sorge für den Fortbestand zahlreicher Schaustellerbetriebe. Die SPD-Fraktion hat deshalb bei der Stadtverwaltung beantragt, über deren Betriebsstrukturen in Nürnberg und der Metropolregion sowie über deren aktuelle wirtschaftliche Situation zu berichten. In diesem Zusammenhang sollen auch mögliche sowie existierende Lösungen und Perspektiven zur Unterstützung bzw. sicheren Planung für die Schausteller dargelegt werden.

SCHNELL-LADE-NETZ FÜR E-AUTOS IN NÜRNBERG

Zur Mobilität der Zukunft gehört auch die E-Mobilität. Um unsere CO₂-Ziele im Verkehrssektor in den kommenden Jahren erreichen zu können, werden wir einen deutlich höhe-

ren Anteil an Elektrofahrzeugen in der Stadt benötigen. Daher ist es unser Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg von ihren Diesel- und Benzinfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge so einfach wie möglich zu gestalten – sowohl im Sinne gesetzter CO₂ Reduktion als auch im Sinne einer besseren Luft in der Stadt. Die stetig zunehmende Zahl von E-Autos auf den Straßen unterstreicht diese Entwicklung. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, dass die Stadtverwaltung und die N-ERGIE die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung eines Netzes von Schnell-Ladestationen in Nürnberg prüft. Hierfür sollen auch Kooperationen mit Supermärkten, Einzelhandel und Tankstellen mit einbezogen werden.

NATURNAHES REGENWASSER- MANAGEMENT UND SCHWAMMSTADT

Der Klimawandel bringt immer öfter Extremwetterereignisse und hohe Niederschlagsmengen mit sich. Die Kanalisation kann die umfangreichen Regenmengen wegen einer hohen Menge an versiegelten Flächen auf öffentlichen Plätzen und Wegen oftmals nicht mehr aufnehmen. Im Zuge der städtischen Klimaanpassungsstrategie wurden bereits erste Maßnahmen für das Handlungsfeld „Wasser/Niederschläge“ auf den Weg gebracht. Es besteht aber Handlungsbedarf, weitere notwendige Schritte für Nürnberg einzuleiten und als gängige Verwaltungspraxis zu verstetigen. Im Bereich von Umbauten und Sanierungen im Bestand, bei unseren Plätzen und Wegen, also bei Projekten im öffentlichen Raum, ist deshalb zukünftig die Möglichkeit einer Versickerung des anfallenden Regenabwassers zu prüfen und/oder weitere entsprechende Maßnahmen im Sinne einer „Schwammstadt“ umzusetzen und einzurechnen. Hierzu hat die Rathaus-SPD einen

Antrag mit den Fraktionen von CSU und Grünen eingereicht.

GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS UND SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Ende Oktober 2021 fand die öffentliche Erstunterzeichnung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten gemeinsamen Erklärung „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung“ statt. In dieser Erklärung treten die Unterzeichnenden entschieden gegen jede Form von Sexismus, sexualisierter Gewalt sowie sexueller Belästigung in Kultur und Medien, im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz entgegen. Die Rathaus-SPD hat per Antrag die Stadtspitze dazu aufgefordert, diese Erklärung für Nürnberg ebenfalls zu unterzeichnen. Zudem möchte die SPD-Fraktion, dass die Rahmendienstvereinbarung „Gewaltprävention am Arbeitsplatz“ der Stadt im Hinblick auf Benachteiligungen, Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz weiterentwickelt wird.

MIETVERHÄLTNISSE IN DER KONGRESSHALLE

Auf Beschluss des Stadtrates soll an der Kongresshalle ein Opernhausinterim errichtet werden. Zur Vorbereitung dieses Vorhabens wurden die Mietverhältnisse in der Kongresshalle (mit Ausnahme der Kopfbauten) zum 30. Juni 2022 gekündigt. Die SPD-Fraktion hat deshalb bei der Stadtverwaltung beantragt, den Kündigungsumfang und das hierfür maßgebliche Konzept zur bautechnischen Untersuchung darzulegen. Dabei soll auf die von der Kündigung betroffenen Nutzergruppen und über etwaige besondere Bedarfe eine Nutzung vor Ort aufrecht zu erhalten, berichtet werden. Die Verwaltung soll außerdem erläutern, welche Unterstützung bei der Suche nach Ersatzflächen geleistet wird.